

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestelgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 139

Donnerstag, den 18. Juni 1931

Jahrgang 104

Beschleunigung der Revisionspolitik?

Baldige Erklärung des Transfer-Ausschubs erforderlich — Unterrichtung der auswärtigen Geschäftsträger über die von der Reichsregierung geplanten Schritte

II. Berlin, 18. Juni. Die seit längerer Zeit vorgesehenen Botschafterbesprechungen zwischen den Vertretern des Reichs in Paris, Rom, Washington und Moskau werden heute ihren Anfang nehmen. Botschafter v. Schubert ist bereits in Berlin eingetroffen. Herr v. Hoersch wird aus Paris für heute erwartet. Mit dem Eintreffen des Washingtoner Botschafters Freiherrn v. Prittwitz rechnet man für Ende dieser Woche. Die Anwesenheit des Moskauer Botschafters v. Dirksen in Berlin dürfte lediglich mit der Verlängerung des Berliner Vertrags zwischen dem Reich und der Sowjetunion zu tun haben, während die Besprechungen mit den übrigen Diplomaten der Tributfrage gelten.

Es handelt sich hierbei in erster Linie um den Zeitpunkt für die Erklärung des Transferausschubs. Wie jetzt bekannt wird, ist in den Besprechungen mit der englischen Regierung in Chequers hierfür der 15. August in Aussicht genommen worden, zumal von englischer Seite empfohlen wurde, den Besuch Stimson's abzuwarten, der sich für die zweite Julihälfte in Berlin angesagt hat. In den Besprechungen zwischen den deutschen Diplomaten wird die Frage erörtert werden, ob die politische Gesamtlage auch eine frühere Erklärung des Transferausschubs zuläßt. Sodann dient die Anwesenheit der Botschafter ihrer Unterrichtung über die tributpolitischen Pläne der Reichsregierung.

Vor dem Abschluß dieser diplomatischen Beratungen wird eine Entscheidung des Reichskabinetts in der Tributfrage nicht fallen. Es ist infolgedessen nicht damit zu rechnen, daß die Reichsregierung noch in dieser Woche hierüber Beschluß fassen wird. Das Kabinett wird sich damit befassen müssen, ob es überhaupt möglich ist, über den 1. Juli hinaus noch zu warten und ob unter dem Druck der Valutawierigkeiten nicht andere Wege gewählt werden müssen. Bisher war ja an ein Transfermoratorium gedacht, das uns finanziell erst in 90 Tagen, also im Oktober, eine geringe Entlastung gebracht hätte, das aber auch nur den Ausgangspunkt bilden sollte, um die Internationale Kommission einzuberufen, von der wir erwarten, daß sie zu einer völligen Neuregelung der deutschen Tributverpflichtungen kommt. Die Aufgabe, vor der das Kabinett steht, ist also die, darüber klar zu werden, in welchem Tempo und in welcher Form unser Vorstoß gegen die Reparationen anzusetzen ist.

Um Brünnings Zugeständnisse

Was hat Brüning mit Dingeldey vereinbart?

II. Berlin, 18. Juni. Da in weiten Kreisen Zweifel über die praktischen Auswirkungen der am Dienstag gefallenen Entscheidung bestehn, hat die D.M.Z. Gelegenheit genommen, den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, zu befragen. Die Antwort des Abg. Dingeldey belag jedoch über das von volksparteilicher Seite bisher bekannt Gewordene hinaus nichts neues. Dingeldey erklärte, daß er nur seine eigene Ueberzeugung, nicht aber die des Reichskanzlers darlegen wolle:

Da die Notverordnung nicht mehr zu beseitigen war, ohne die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit des Reiches heraufzu-

beschwören, so müssen nunmehr mit größter Beschleunigung die vernachlässigten inneren Ursachen unserer finanziellen Lage durch entschlossene Formen nach einem einheitlichen Gesamtplan unter Vermeidung jeder Einseitigkeit in Angriff genommen werden. Auch für diese Aufgabe bedarf es neuer entschlossener Persönlichkeiten. Selbstverständlich können niemals Abmachungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und Parteien dem Kanzler das alleinige Recht des Entschlusses und der vollen Verantwortung abnehmen. Diese Abmachungen erhalten aber ihr Gewicht durch die Persönlichkeiten, die sie getroffen haben.

Die D.M.Z. fügt dem hinzu, nach ihrer Kenntnis dürfte nicht beschloffen werden, daß die D.V.P. ihr Verlangen nach Reorganisation des Kabinetts etwa mit der Reubesetzung des Wirtschaftsministeriums als erfüllt ansehen würde.

Haushaltsauschub anfangs August

Der „Vorwärts“ berichtet, daß das Datum des Zusammentritts des Haushaltsausschusses noch nicht festgelegt sei, daß aber nach dem „Sozialdemokratischen Dienst“ der Reichskanzler auf Rückfrage als Termin „Anfang August“ bezeichnet habe.

Mellon in London eingetroffen

Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten

II. London, 18. Juni. Obwohl der Besuch des amerikanischen Finanzministers in England angeblich rein privater Art ist, hatte Mellon doch bereits am ersten Tage seines Aufenthaltes in London eine Besprechung mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald. Ueber den Inhalt der Unterredung ist bisher nichts bekannt geworden. Wie verlautet, hat an der Besprechung zwischen Mellon und Macdonald auch Henderson teilgenommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ hebt in einem längeren Artikel hervor, der Europa-Besuch Mellons und Stimson's erfolge, weil Präsident Hoover überzeugt sei, daß in der Kriegsschuldangelegenheit etwas getan werden müsse, um einen für die amerikanischen Interessen nachteiligen finanziellen Zusammenbruch zu verhindern. Er erwäge daher den Plan, daß die Zahlungen auf die Dauer von 2 Jahren eingestellt würden. Dieser Plan unterscheide sich erheblich von dem Youngplanzahlungsausschub, denn er beziehe sich auf die ganze Summe und nicht nur auf einen Teil. Er bedeute auch, daß eine Zahlung der aufgelaufenen gestundeten Summen nicht zu erfolgen habe. Hoover wolle sich durch Mellon und Stimson darüber unterrichten lassen, ob ein derartiger Schritt wirklich notwendig sei. Es sei auch damit zu rechnen, daß der Präsident für alle beteiligten europäischen Staaten eine praktische Herabsetzung der Rücklagen zur Bedingung machen werde, um sicherzustellen, daß sie nach Ablauf der zwei Jahre in der Lage seien, ihre Zahlungen wieder aufzunehmen.

Die Regierungskrise in Oesterreich

Dr. Ender fordert außerordentliche Vollmachten — England unterstützt Oesterreich

II. Wien, 18. Juni. Der Bundespräsident hatte am Mittwochabend eine entscheidende Unterredung mit Finanzkanzler Dr. Ender. Anschließend empfing er den Finanzminister des früheren Kabinetts, Abg. Dr. Kienböck. Der amtliche Bericht über die Besprechung des Bundespräsidenten mit Dr. Ender bestätigt die Meldung, daß Dr. Ender die Führung des Kabinetts nur dann übernehmen will, wenn ihm vom Parlament außerordentliche Vollmachten gegeben werden, um das Gleichgewicht des Bundeshaushalts wiederherzustellen, und in der Frage der Kreditanstalt die nötigen Maßnahmen zu treffen. Lediglich ein kleiner parlamentarischer Ausschub soll mit der mit solcher außerordentlicher Verordnungsgewalt ausgestatteten Regierung in Zusammenarbeit stehen.

Englische Stützungsaktion für die oesterreichische Währung

Das große Ereignis, welches dem Rücktritt des Kabinetts Ender gefolgt ist, ist die Nachricht, daß die Bank von England der oesterreichischen Nationalbank 150 Millionen Schilling als Vorshub auf die ebenso große Schatzwechselanleihe überwiesen hat, um die sich die Regierung seit einigen Monaten vergeblich bemüht, weil sie die außenpolitischen Bedingungen Frankreichs nicht erfüllen will. Dadurch hat England im letzten Augenblick ein verhängnisvolles Anwachsen der

Währungsbesorgnisse abgewendet, aber auch entscheidend in die Frage der neuen Regierungsbildung eingegriffen, weil es nun klar geworden ist, daß das neue Kabinett nicht ganz und gar auf Frankreichs Gnaden angewiesen ist. Da die gestern vom Finanzminister vorgenommene Unterzeichnung des Vertrags mit dem Angelsächsischen Stillhaltefortium rechtsverbindlich und dadurch endgültig ist, wird die neue Regierung diesen Stein nicht mehr auf ihrem Wege vorfinden.

Paris plant einen Finanzüberwachungsanschub

Einige Pariser Morgenblätter beschäftigen sich mit dem Rücktritt der oesterreichischen Regierung. Der „Matin“ schreibt, daß die französische Regierung sich bereit erklärt habe, Oesterreich in den Grenzen des Möglichen und nach Maßgabe der Interessen des französischen Marktes zu helfen. Die B.Z. und der Finanzausschub des Völkerbundes würden aufgefordert werden, schnell zu handeln. Wahrscheinlich werde demnächst ein Sonderausschub eingesetzt werden, der den Auftrag erhalte, die oesterreichischen Finanzen zu überwachen. (1) Hilfe sei notwendig, doch müßten den französischen Banken gewisse Sicherheiten gegeben werden. Hierher gehöre in erster Linie Beseitigung des Plans einer Zollunion Oesterreichs mit Deutschland.

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung berät gegenwärtig über den Termin für den Transfer-Ausschub. Heute findet eine Aussprache mit den Botschaftern in Rom, Paris und Washington über die Möglichkeit einer Beschleunigung der Revisionspolitik statt.

Wie sich jetzt herausstellt, sind die Zusagen des Kanzlers an Volkspartei und Sozialdemokratie nicht in positiver Form erfolgt. Er hat lediglich Kabinettsumbildung und Milderung der Notverordnungshärten in Aussicht gestellt.

Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dirksen, ist in Berlin eingetroffen zur Aussprache über die Verlängerung des deutsch-russischen Vertrags.

Die Bank von England hat der österreichischen Nationalbank 150 Millionen Schilling vorgeschossen und so den Preisversuchen Frankreichs in Wien einen Riegel vorgeschoben.

Das Völkerbundssekretariat hat die Einladungen zur Abrüstungskonferenz, die am 2. Februar 1932 in Genf beginnen soll, ergehen lassen.

Der Propellerwagen des Ingenieurs Krückenberg wird in der Nacht zum Sonntag eine Versuchsfahrt auf der Reichsbahnstrecke Altona-Berlin vornehmen. Die Strecke soll in nur 2 Stunden durchfahren werden.

Nach einer Meldung aus Lahore wurde das Gebiet nördlich Kabul von einem schweren Erdbeben heimgesucht. 15 Personen sind getötet und mehr als 50 Häuser zerstört worden.

Wirbelsturmkatastrophe in Westfalen

II. Gagen i. B., 18. Juni. Am Mittwoch kurz vor 18 Uhr raste ein ungeheurer Wirbelsturm zwischen Hirschau und Holtkhausen durch das Elftal. Der Sturm segte alles, was sich ihm in den Weg stellte, fort. Obstbäume wurden völlig vernichtet. Mauern bis zu 60 Zentimeter Stärke stürzten ein. Etwa 80 Häuser erlitten schwere Beschädigungen. Viele Dächer wurden abgedeckt und teilweise über 100 Meter weit fortgetragen. Ein schwerer Wagon wurde durch die ungeheure Wucht des Sturmes aus den Schienen geschleudert. Ein eineinhalb Morgen großer Tannenwald wurde dem Erdboden gleichgemacht. Der Sturm wütete nur zwei bis drei Minuten. Bisher sollen 3 Tote und etwa 40 Verletzte zu beklagen sein.

Mitteilungen von amtlicher Seite waren wegen der zerstörten Drahtverbindungen noch nicht zu erhalten.

Unwettergeschäden in Köln

Am Mittwochnachmittag entlud sich über Köln ein heftiges Gewitter, das von schwerem Hagelschlag und Wolkenbruch begleitet war. Obwohl der Hagel nur kurze Zeit fiel, ist doch der Schaden sehr groß. Fensterscheiben und Dachziegel wurden zertrümmert. In den Straßen und auf den Dächern lagen die Hagelkörner in kürzester Zeit fufhoch. In die Keller lief das Wasser. Die Feuerwehr wurde zweihundertmal gerufen.

Handelsvertragsverhandlungen

Die Rumänien-Verhandlungen erfolgreich

II. Berlin, 18. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, nehmen die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen einen erfolgreichen Verlauf. In unterrichteten Kreisen wird mit der Unterzeichnung des Vertrages für Anfang oder Mitte nächster Woche gerechnet. Es handelt sich zur Zeit lediglich um die Vereinigung einiger kleiner Streitfragen.

Im Schweizerischen Nationalrat teilte Bundesratsmitglied Schulthess am Mittwoch mit, daß infolge des Abfahrtdanges nach verschiedenen Ländern, besonders auch nach Deutschland, neue Verhandlungen mit den betreffenden Regierungen geführt werden müßten. Die Schweiz müsse dafür sorgen, daß auch ihre Waren stärker Eingang fänden.

Russisch-chinesisches Abkommen

über die chinesische Ostbahn

II. Newyork, 18. Juni. Nach einer Sondermeldung der „Times“ aus Schanghai haben die Regierungen von Moskau und Nanking ein Abkommen getroffen, wonach die Sowjets einen 60prozentigen Anteil an der chinesischen Ostbahn für vierhundert Millionen Goldrubel an die Nankingregierung abtreten. Die Kaufsumme wird nicht bar ausgezahlt, sondern durch Rückvergütung von Einfuhrzöllen auf russische Waren verrechnet. Diese Regelung würde es den Sowjets ermöglichen, auf lange Zeit ihre Erzeugnisse zollfrei nach China auszuführen und so jeden Wettbewerb auszuschalten.

Russisch-französische Annäherung

Es war kaum ein Zufall, daß an demselben Tage, wo der Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Curtius englischen Boden betreten, um in Chequers als Gäste des britischen Ministerpräsidenten MacDonald ein vertrauliches diplomatisches Bogenende zu verleben, in Paris zwischen Vertretern des französischen Handelsministeriums und der russischen Handelsvertretung Besprechungen begannen, die sich angeblich nur um die neuerdings fast völlig ins Stocken geratenen Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland drehen. Der Absatz russischer Waren auf dem französischen Markt war von 1926 bis 1930 von 717 400 000 auf 886 240 000 Franken gestiegen, die Ausfuhr Frankreichs nach Rußland von 174 300 000 auf 169 890 000 Franken gesunken. Durch diese Entwicklung beunruhigt, hatte die französische Regierung in letzter Zeit Maßnahmen gegen das russische „Dumping“ getroffen. Man wollte einen so schlechten Käufer, dem man auf dem eigenen Markt soviel abnahm, für die Bevorzugung anderer Lieferanten strafen. Damit wurde zwar erreicht, daß im ersten Viertel des Jahres 1931 gegenüber demselben Zeitraum im Jahre 1930 die russischen Verkäufe in Frankreich auf die Hälfte herabgedrückt wurden, aber die Russen verstanden es, gleichzeitig die französischen Lieferungen nach Rußland auf ein Viertel, von 66 611 000 Franken im ersten Viertel 1930 auf 17 094 000 Franken im ersten Viertel des laufenden Jahres, herunterzuschrauben. Frankreich schnitt sich also mit dem Kampf gegen das „Russendumping“ nur ins eigene Fleisch.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Frankreich und Rußland waren immer und sind heute mehr als je Angelegenheiten von höchster politischer Bedeutung. Frankreich kann das Geschäft mit dem neuen Rußland nicht pflegen, ohne auf die zahlreichen Besitztümer russischer Anleihepapiere aus der Zarenzeit Rücksicht zu nehmen und sich für deren Entschädigungsansprüche einzusetzen. Das neue Rußland legt weder auf die Kundtschaft noch die Lieferfähigkeit der Franzosen großen Wert, wenn ihm die Pflege geschäftlichen Verkehrs mit dem Verbündeten des Zarenreiches keine französischen Kredite erschließt und seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht vor Störungen durch den französischen Militarismus oder dessen östliche Vasallen sichert.

Man braucht sich also nicht darüber zu wundern, daß den Besprechungen über eine neue Regelung der Handelsbeziehungen Mitte Mai Unterhandlungen vorausgingen, die der Außenhandelskommissar der Sowjets Kubinoff, sowie der Chef der Handelsfinanzabteilung Dvoilasky mit französischen Regierungsmitgliedern über eine Wiederaufrichtung des Problems der Vorkriegsschulden pflogen, und daß man auf russischer Seite die Vorbereitung eines Handelsvertrages mit dem Vorschlag, einen russisch-französischen Nichtangriffspakt abzuschließen, verknüpfen möchte.

Obwohl es Briand in Genf gelang, die unmittelbare „Gefahr“ der Bildung einer deutsch-österreichischen Zollunion

zu beschwören, ist man in Paris weit davon entfernt, mit dem Gange der Entwicklung in Mittel- und Südosteuropa zufrieden zu sein. Der Widerspruch zwischen den Wirtschaftsnotwendigkeiten der Bevölkerung dieser Gegenden und den Anforderungen französischer „Sicherheit“ wird immer größer. Wenn irgendwo der Wirtschaftskarren stecken bleibt, dann muß man wohl oder übel helfen und mit in die Speichen greifen, selbst wenn der Weg dabei über Hindernisse geht, welche die französische Diplomatie gegen die Bewegung zur Revision der Verträge aufrichtete. Europa wächst ganz von selbst aus der buntscheckigen, zusammengeklüffelten Kleidung der Pariser Vortragsverträge heraus, und damit verliert das ganze französische Bündnisystem der Nachkriegszeit immer mehr an Bedeutung. Dieses war freilich auch nur als ein Ersatz für die alte russische Bundesgenossenschaft gedacht. Gelänge es, mit dem neuen Rußland zu ähnlich freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen wie zum alten, so würde man wieder in der Lage sein, der natürlichen Entwicklung in Mitteleuropa ihren Lauf zu lassen.

An eine so einfache Lösung des europäischen Problems ist selbstverständlich für absehbare Zeit nicht zu denken. Noch nährt man im Kreml die Hoffnung auf eine Weltrevolution, die allen kapitalistischen Staaten den Untergang bereiten soll. Bei den jetzigen russisch-französischen Gesprächen handelt es sich wie bei allen diplomatischen Fühlungsnahmen der jüngsten Zeit um ein Abtauen von Wälschheiten, wie sich, gleichsam auf Probe, eine Weile selbst mit einem unliebhaften Partner auskommen ließe, solange die Verbindung mit einem willkommeneren nicht zu erreichen ist. Es wird zu keiner politischen russisch-französischen Annäherung kommen, ehe nicht alle Fäden zur Herstellung eines allgemeinen Flottenpaktens zerrissen sind, der für die angelsächsischen Mächte die Voraussetzung für einen „Erfolg“ der großen „Abrüstungs“-Konferenz bildet. Die mit merkwürdigem Eifer betriebenen Unterhaltungen zwischen französischen und russischen Handels- und Finanz-Sachverständigen beweisen aber, daß man in Paris wie in Moskau mit dem Gedanken spielt, die alte Freundschaft aus der Zarenzeit wieder aufleben zu lassen, sobald es eine gemeinsame Bedrohung durch den angelsächsischen Imperialismus erheischen würde. Schon im Jahre 1921 verriet Radef über den Standpunkt, den die Diplomatie der Sowjets gegenüber Frankreich einnimmt: „Sowjetrußland muß bei seiner Betrachtung der Weltlage mit der Tatsache rechnen, daß in Frankreich eine Richtung bemerkbar wird, die der Ansicht ist, daß ein Krieg gegen Sowjetrußland Frankreichs Kräfte überfordert und daß die Isolierung Frankreichs von Rußland ausschließlich im Interesse des englischen Strebens nach dem europäischen Monopol liegt.“ Seitdem haben sich die europäischen Dinge gewiß weiter im Sinne einer Wiederannäherung zwischen dem Verbündeten des Zarenreiches und dessen Zerstörern und Rechtsnachfolgern aus eigener Machtvollkommenheit entwickelt.

nung zu bringen versucht, daß sie unserer Volkswirtschaft neue Lasten auferlegt. Wenn die Reichsregierung neue Lasten nicht glaubt vermeiden zu können, dann hätte sie ihre Maßnahmen mehr unter die Idee des allgemeinen Volksoppers stellen sollen. Die sächsische Regierung ist bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, daß die in ihr enthaltenen schärfsten Härten beseitigt oder gemildert werden. Die Verordnung im ganzen erreicht das Ziel: „Die Sicherung der Finanzen“ nicht.

des Kranken immer abwechseln. — Und nun vorwärts, so schnell die Eingeborenen zu laufen vermögen. Es sind lauter verlässliche Leute.

„Heil, Fred! Und baldige Genesung. Vergiß nicht, mir eine Hilfe zu senden.“

„Heil, Tom! Und auf frohes Wiedersehen!“

Fort geht es auf die mit dunklen Wäldern dicht bewachsene Höhe. Der Morgen ist klar und nicht übermäßig heiß, so daß die Eingeborenen mit der Tragbahre fast im Trab laufen können. Die frischere Bergluft kühlt Freds heiße Schläfen, und er atmet in ruhigen, tiefen Zügen. Neue Hoffnung auf Genesung durchströmt ihn und scheint seinem Körper Kraft zu geben. Nun erreicht die kleine Karawane eine Lichtung, von der aus man die Gebirgskette mit ihren zerklüfteten Felsen überblicken kann. Schäumende Bäche stürzen von den Höhen herab und werden durch die Strahlen der noch tief stehenden Sonne in flüssiges Gold verwandelt. Paradiesvögel, im Schmutz ihres schillernden Gefieders, wiegen sich auf den Eulalyptusbäumen, während die zarten Flügel bunter Niesensinsekten in der Luft erzittern. Und hoch oben fliegen Schwärme von grünen Papageien wie wehende Fahnen über den tiefblauen Himmel.

Nun steht die Sonne hoch, und der Marsch der Träger verlangsamt sich. Endlich müssen sie halten und eine Mittagspause machen. Im Schatten hoher Farnen wird ein Lager errichtet, und die aufgeschreckten Kängurus springen in Sägen von zwanzig Metern in den dichten Wald, der sie den Augen der Menschen verbirgt. Raubtiere gibt es in den Wäldern Neuguineas nicht. Fred, von der Sonne geschützt, schlürft gierig die kühlende Milch einer Kolosnuss. Müde liegt er in seinen Klissen und treibt die Eingeborenen unablässig zur Eile an. Und wieder geht es weiter durch den ewig rauschenden Urwald, über Höhen und durch Bäche.

Endlich sind die Wanderer in die Ebene gelangt, wo die flinken Kulis am Rande des Mangels ein Lager für die Nacht errichten. Freds Fieber ist wieder hoch gestiegen. Er kennt seine Umgebung nicht. Seine Gedanken wandern in die Heimat, wo er sich auf dem Schiff in Hamburg wähnt und von seiner Braut Abschied nimmt. Die Eingeborenen haben Nähe, ihn auf seinem Lager zu halten. „Der böse Geist ist in unseren Herrn gefahren!“ jammern die Papuas, und mancher hält sich in scheuer Entfernung, um nicht von dem bösen Geist erreicht zu werden. Niemand kann ein Auge schließen, bis Fred endlich entkräftet hinsinkt und einige Stunden lang in halbwachem Zustand in die Tropenlandschaft starrt.

Der Mond ist am Himmel emporgestiegen, und sein Licht fließt zwischen den tiefen Schattten der Bäume wie ein Silberstrom. Die Stimmen erwachender Tiere breiten ihren Rauber über die wundervolle Tropennacht und rufen in der tiefen Stille das Echo der nahen Felsen wach. Fledermäuse säfeln die Luft mit feufendem Geräusch, und ein krampfhaftes Erschauern geht ab und zu durch das Gras, wozu eine Schlange in einiger Entfernung dahin kriecht.

Regierungskurz in Oldenburg. Im Oldenburger Landtag wurde ein Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten gegen die oldenburgische Staatsregierung mit einem Uebertragungsresultat angenommen. Für das Ministerium stimmten lediglich vier Abgeordnete. Nach der Annahme des Mißtrauensvotums ließ die Regierung erklären, daß sie nicht mehr länger als Geschäftsministerium amtierem könne und deshalb zurücktrete.

Briands Rede von der Endgültigkeit des Youngplans ist Unfuss. Der diplomatische Mitarbeiter der Londoner Zeitung „Daily Herald“ stellt eine längere Berechnung über die möglichen Verluste Englands im Falle der Erklärung einer Tributbindung durch Deutschland an. Der Mitarbeiter ist dabei der Ansicht, daß eine Zahlung der rückständigen Summen nach Ablauf der Tributbindung, wie im Youngplan vorgesehen, nicht in Frage komme. Wenn Briand von der Endgültigkeit des Youngplans spräche, so rede er Unfuss.

Protest des Baskens in Spanien. Wie der „Observatore Romano“ meldet, hat der Heilige Stuhl dem Nuntius in Madrid die Weisung erteilt, bei der spanischen Regierung wegen der Ausweisung des Kardinals Prima Segura Protest zu erheben.

Katholische Versammlungsteilnehmer in Spanien schwer mißhandelt. 1300 Versammlungsteilnehmer, die von einer katholischen Massenversammlung in Pamplona mit dem Zug nach Saragossa zurückkehrten, wurden auf einer Zwischenstation von einer tausendköpfigen Menge angegriffen. Sie schlugen auf die Teilnehmer mit Steinen und Stöcken ein, holten Reisende aus den Wagen heraus, darunter viele Frauen und Priester, und ließen sie spießruten laufen. Verschiedene Personen sprangen vor Angst aus dem Zuge, wobei eine Person unter die Räder kam und zermalmt wurde.

Eine Rechtfertigungs-Erklärung der Deutschen Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gibt eine Erklärung aus, in der es heißt:

Die Reichstagsfraktion verlangt unter der Führung des Reichskanzlers eine Regierung, in der für den schweren Abwehrkampf der Nation parteipolitisch nicht einseitig gebundene, im ganzen Volk anerkannte Persönlichkeiten vertreten wird, durch die allein die Vertrauensgrundlage wieder geschaffen und erhalten werden kann. Die Fraktion vertraut darauf, daß durch die weitere Fühlungsnahme ihres Vorsitzenden mit dem Reichskanzler die Gewähr für die abschließende Durchführung der in der nächsten Zeit auf tributpolitischem und innenpolitischem Gebiet von der Reichsregierung zugesagten Maßnahmen geboten ist.

Die infolge der Tributkrise entstandene, durch die ausländischen Kapitalabzüge in gefährlichem Umfang vermehrte Krisengefahr für das ganze Deutsche Reich und seine Wirtschaft erfordert schnellstes Handeln. Die Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches ist gleichbedeutend mit einer Gefährdung der Existenz des Beamtenstands, der Gesamtwirtschaft und ungeheurer Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Reichstagsfraktion weist darauf hin, daß die Deutschnationalen und die Nationalsozialistische Partei durch ihre Presse jede Bereitschaft auch bei Erfüllung der von der Deutschen Volkspartei vorstehend aufgestellten Bedingungen eine Mitverantwortung zu übernehmen, für die beiden genannten Parteien eindeutig abgelehnt haben. Aus diesen Gründen hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die von den genannten Parteien im Aeltestenrat gestellten Anträge auf Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Die Nacht zieht vorüber, und ehe die Morgendämmerung einbricht, ist die ganze kleine Karawane, bis auf zwei Wachen, in tiefen Schlaf gesunken. Schon ertönt der erste Morgenruf aus einer Vogelkehle. In großer Hast wird wieder aufgebroschen, und nun geht es weiter im Trab, wie am vergangenen Tage. Mit müden Augen blickt Fred in die vom Frühlingsüberfluß erfüllte Landschaft. Die Höhen ringsumher treten aus den dunklen Schatten der Nacht hervor und färben sich golden, purpurn und grün. Doch dem Kranken fehlt die Kraft, die Schönheit in sich aufzunehmen. „Vorwärts, vorwärts!“ treibt er die Kulis an. „Wir müssen Simbang noch bei Tageslicht erreichen.“

„Gewiß, Herr!“ rufen die Eingeborenen zurück. „Es kommt kein Berg mehr, über den wir steigen müssen, und den Fluß erreichen wir bald. Das Wasser ist nicht hoch, und wir kommen schnell hinüber.“

Nach kurzer Mittagspause, der ein Eilmarsch folgt, ist auch der Fluß am frühen Nachmittag erreicht. In den Mangrovengebüschen am Ufer liegen Kanoes, die zum Ueberfahren in das Wasser geschleppt werden müssen. Doch wie die ersten Eingeborenen hinunter kommen, springt das Wasser vom Fall eines schweren Körpers hoch empor — und an der Oberfläche des Stromes erscheint ein riesenhafter, weitgeöffneter Kaden. Zu Tode erschreckt, springen die Papuas wild schreiend die Uferböschung hinauf.

„Krocodile! Krocodile! Wir können nicht hinüber.“

Wer sich jetzt auf das Wasser wagen wollte, wäre dem Tode geweiht. In namenloser Aufregung rennen die Kulis dem Ufer entlang auf und ab, durcheinander rufend und heftig gestikulierend. „Eins, zwei, drei! Viele, viele Krocodile. Niemand kann fahren.“

Fred weiß kaum, was um ihn her geschieht. Doch starr hält er an dem Gedanken fest, über den Fluß fahren zu müssen. „Hinüber!“ befiehlt er seinen Leuten.

„Herr, wir können nicht. Viele, viele Krocodile. Wir alle sind verloren, wenn wir hinüber fahren“, jammern die Kulis.

„Ihr müßt! Hört Ihr? Ich befehle es!“

In höchster Erregung beraten die Eingeborenen, was in dieser Lage zu machen ist. Zurück läßt der Kranke sich nicht tragen. Was sollen sie mit ihrem armen Herrn beginnen?

Da nähert ein Eingeborener sich schleichend der Tragbahre. Und plötzlich richtet Fred sich in seinen Fieberphantasien wie verklärt auf. Er breitet die Arme aus und ruft beseligt: „Gita! — Du kommst zu mir?“

Im nächsten Augenblick macht die vergiftete Spitze eines Papuameßers seinem Leben ein jähes Ende. Ins Herz getroffen sinkt Fred auf das Lager zurück. —

Bei den folgenden Gerichtsverhandlungen geben die Papuas einmütig zu, ihren Herrn getötet zu haben, da sie ihn zu sehr liebten, um ihn den Krocodilen preiszugeben.

Kleine politische Nachrichten

Die sächsische Regierung gegen die Notverordnung. Im Sächsischen Landtag gab Ministerpräsident Schick die Stellungnahme der sächsischen Staatsregierung zur Notverordnung bekannt. Er erklärte u. a.: Ich habe mit Bedauern festgestellt, daß die Reichsregierung von ihrer politischen Linie abweicht, wenn sie den öffentlichen Haushalt dadurch in Ord-

Anfiedler in den Urwäldern Neuguineas

Eine wahre Begebenheit von Sidi von Förster-Streffleur.

Fred Grümmert richtet sich stöhnend von seinem Lager auf. Das Fieber hat augenblicklich nachgelassen, und er versucht mühsam seine Gedanken zu ordnen. Hilfsbereite Malaien und Papuas umringen ihren Herrn, auf jedes Wort des Kranken horchend. Denn sie lieben den blonden Mann, der immer freundlich ist und ihnen so oft in der Gefahr hilft. Da gibt es keinen Schlangengift, für den er nicht ein Gegenmittel wußte, keine Wunde, die er nicht heilen konnte. Und nun liegt er selbst krank und hilflos danieder.

„Du mußt nach der Gesundheitsstation auf den Sattelberg gebracht werden“, rät Tom, sein weißer Gefährte. Vor zwei Jahren sind die ehemaligen Schulkameraden als Pioniere nach Neuguinea gekommen, um das kostbare Holz der unendlichen Wälder auszubeuten und gelegentlich auch Gold zu gewinnen. Mit Hilfe der Eingeborenen gründeten sie eine stattliche Ansiedlung und sind auf erfolgreichem Weg. „Doktor Hansen wird Dir helfen“, fährt Tom fort. „Du bleibst in Simbang, bis Du Dich vollständig erholt hast, und ich überwache indessen hier den Betrieb. Wenn es lange dauert, schickt Du mir jemanden von der Sassenstation zur Hilfe. Krank wie Du bist, kannst Du hier nicht länger bleiben.“

„Ob es noch Hilfe für mich gibt?“ murmelt Fred matt. „Mensch, rede keinen Unfuss, was soll das bißchen Fieber einem gesunden jungen Körper wie dem Deinen anhaben? Es muß nur etwas dagegen getan werden. Und, siehst Du, in kurzer Zeit ist die Ansiedlung so weit, daß wir unsere Mädels von daheim holen können. Dann wird Hochzeit gehalten, und wir leben hier wie im Paradies. Bis der Regen im nächsten Jahr aufhört, ist alles fix und fertig.“

„Schreibe nichts von meiner Erkrankung heim!“ bittet Fred. „Gita wäre instande, heraus zu reisen.“ Und wieder packt ihn ein Fieberanfall mit furchtbarer Gewalt. Sein Körper windet sich in Krämpfen, bis er nach einiger Zeit ermattet zusammensinkt. So geht es seit vielen Tagen ohne Besserung. Nun aber soll nicht mehr damit gezögert werden, den Kranken auf den Sattelberg am Finichhafen zu bringen, wo sich eine Erholungsstation und ein Arzt befinden.

Eine Schar von eingeborenen Dienern knüpft eine Tragbahre zusammen, die Tom mit weichen Klissen und Decken belegt, um dem Kranken die beschwerliche Reise erträglich zu machen. Ein ausgehauener Pfad führt durch den Urwald über die Höhen nach dem Sassen, den man bei angestrengtem Marschen in zwei Tagen leicht erreichen kann. Tom gibt den Kulis alle nötigen Anweisungen. Dann werden sie mit Probiant bedacht. Sie nehmen Kolosnüsse mit, deren kühlender Saft den Kranken laden soll, denn auf den Höhen kommen Palmen nur mehr vereinzelt vor, und man kann sich nicht damit aufhalten. Rüsse herab zu holen. Acht Mann sollen beim Tragen

Was in der guten alten Zeit der Schützenkönig erhielt

Von Alois Brunner.

Schützenfest! Allen neuen Anschauungen, allen Nöten der Zeit zum Trotz hat das Wort noch immer seinen magischen Klang. Schützenfest ist Volksfest, Schützengeist der Geist echter Volksgemeinschaft, die keine ständischen Unterschiede kennt, und schon vor Jahrhunderten wurde durch die Einführung des Schützenkönigtums dem Gedanken Ausdruck verliehen: Freie Bahn dem Tüchtigen, einerlei aus welchen Kreisen er stammt!

Das Schützenkönigtum verkörpert auch heute noch die Huldigung vor der besten Leistung. Veränderte Zeiten und Not haben die alten Rechte der Schützenkönige auf ein Mindestmaß herabgedrückt. So ist heute in den meisten Fällen mit der Würde nur noch das verbunden, was dem König ursprünglich allein zugehört war, eine Ehrung. Denn erst in späteren Perioden, als die Schützenfeste aus dem engeren Rahmen der Gilden heraus zu wichtigen städtischen Anlässen wurden, zum Allgemeinut wurden, traten zu den Ehren des Schützenkönigtums oft namhafte Einkünfte und eigenartige Privilegien. Damit sollte die Bedeutung, die Bürgerschaft und Behörden dem Schützenwesen zuschrieben, auch materiell zum Ausdruck gebracht werden.

Bescheiden waren die Vorrechte, welche die alte freie Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen ihrem Schützenkönig einräumte. Er durfte bei öffentlichen Banketten den Vortritt führen und mit einem Holzhammer auf den Tisch schlagen, um im Notfalle Ruhe zu gebieten. Die Stadt Siegburg gewährte ihrem Schützenkönig schon einen kleinen materiellen Vorteil. Sie zahlte ihm zwei Gulden zur Anschaffung eines Kapuzenmantels aus. Den Schwelern war ein Geldgeschenk für den Schützenkönig unbekannt. Dafür durfte dieser während seiner Regierung ein Schwein auf den städtischen Wiesen weiden lassen. Außerdem aber hatte er — wie in manchen anderen Städten auch — den ansehnlichen Vorteil, von allen Gemeindefaßten befreit zu sein. Gotha schenkte seinem Schützenkönig acht Taler zur beliebigen Verwendung. Grätz gab ihm fünfzehn Taler „Trinkgeld“, die freilich stets von den anderen Schützenbrüdern vertrunken wurden. Leipzig war in Anbetracht seiner Größe noch sparsamer. Es schenkte dem König einen silbernen Becher im Werte von zwölf Talern. Dafür wurde auch anfänglich nicht verlangt, daß die Schützenmajestäts aus eigener Tasche für die restlose Lösung des Durstes ihrer Betreuer sorgen sollte. Doch im Laufe der Zeiten wurden die Königsgelassen in Leipzig derartig üppig, daß im Jahre 1684 der Stadtrat eine Verfügung erließ, die in unser heutiges Deutsch übertragen, ungefähr folgendes besagte: „Die Erfahrung hat gezeigt, welche großen und unnötigen Kosten demjenigen, der den Vogel abschloß, entstanden sind... Daher bestimmen wir: Wenn der König nach Hause begleitet wird, so soll er nicht mehr als einen Kuchen vorsetzen und Bier zum Trunk geben. Auch darf kein Schütze nach Begleitung des Königs mehr als zwei Stunden bei diesem bleiben oder von ihm länger aufgehalten werden. Sonst sind vier Taler Strafe zu zahlen. Bei der Königsmahlzeit soll nicht mehr aufgetischt werden als vier Gerichte, nämlich Voressen, Braten, Gemüse, Nachspeise und zum Trunk Torgauisch Bier und rheinischer Wein, und wenn der König auch noch so vermögend ist.“

Ähnliche Zustände wie in Leipzig müssen auch in Breslau geherrscht haben, denn dort beschloß der Rat, den Schützenkönig von der Verpflichtung, einen Schmaus zu veranstalten, ganz zu entbinden. Uebrigens erhielt der Breslauer Schützenkönig die höchsten Bezüge im ganzen Reich. Zuerst erkreute er sich der Vereinerung von verschiedenen Abgaben. Dann erhielt er vom Rat seines schwarzen Tuch zu einem Roß und 36 Taler bar. Dazu kamen ein kaiserliches Gnadengeld in gleicher Höhe und ein Geschenk der Bürgerschaft im Betrag von 72 Talern. Diese 144 Taler waren damals ein kleines Vermögen.

Berühmt ist auch das etwa alle zwei Jahre stattfindende Windener Freischießen, an dem jeder Bürger teilnehmen kann; schon 1685 verfügte der Große Kurfürst, der auch die Krone verlieh, daß den beiden Schützenkönigen je fünfzig Taler ausbezahlt seien und der gesamte Bierverbrauch finanziell zu erleichtern sei. — Ähnliche Vergünstigungen bestanden für verschiedene andere Städte, die auch die dem Schützenkönig geltende ein- oder zweijährige Befreiung von gewissen Gemeindesteuern zubilligten.

In verschiedenen Städten bestand die Belohnung für den Königsschütz im steuerfreien Bierbrauen. In Duderstadt hieß der Schützenkönig aus diesem Grunde auch der „Braugewinner“. Konnte er von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, so kaufte es ihm die Stadt für 50 Taler ab. Befehl der Bauherren Schützenkönig keine Brauanlage, so durfte der beste brauberechtigete Schütze nach ihm steuerfrei brauen, wofür er dem König 40 Taler zu zahlen hatte. In Frankfurt an der Oder genoss der Schützenkönig das Recht, im Jahre seiner Regierung acht Gebräude gleich 330 Hektoliter Bier steuerfrei anzuschütten. Dieses Vorrecht würde — bestände es heute noch — angesichts der unsinnig hohen Biersteuern einen Wert von rund 6600 Mark darstellen. Doch damals waren die Behörden noch nicht auf den wirtschaftsschädigenden Einfall geraten, den Genuß des deutschen Volksgenossen künftig zu unterbinden, und der Wert des Privilegs wurde 1693 auf 50 Taler veranschlagt.

Ein Beweis für den guten Geist, der immer unter den Schützen herrschte, ist die Tatsache, daß wir nur wenig von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Königswürde hören. So im alten Köln, wo es einmal des Königspreises wegen zu einer regelrechten Fehde kam. Die Kölner hatten ein Schießen ausgeschrieben, an dem sich auch Auswärtige beteiligen konnten, und ein Stuttgarter Schneider, Hans Sündelinger, gewann das „Beste“, hundert Gulden in bar. Aber die Kölner wollten es ihm nicht auszahlen, und der Schneider wandte sich an Götz von Berlichingen. Dieser, stets zum Schutz der Schwächeren bereit, sagte den Kölnern Fehde an. Er „warf“ ein paar Kölner Kaufleute, tat den Pfefferkörnern sonst noch manchen Tritt, kümmerte sich nicht um die Einnischung Kaiser Maximilians und erreichte es schließlich, daß der Rat der Stadt Köln dem Schneider 305 Gulden auszahlte, vielleicht den höchsten Preis, den ein Schützenkönig in alter Zeit erhielt.

Überall in Deutschland, in großen Orten wie in Dörfern, gibt es Schützenfeste, Vogelschießen und dergleichen. Meistens handelt es sich um regelrechte Volksfeste, die besonders in trüber Zeit ablenkend und aufrichtend wirken und schon deshalb weitere Förderung verdienen. Im übrigen entsprechen die Feste dem deutschen Volksgeist und dem Bestreben, ein wehrfähiges Bürgerium durch Pflege des Gemeinheits und Erinnerung an schöne Stunden zu festigen.

Aus Württemberg

18. Verbandstag des Württ. Bäckerverbandes

Im feierlichen Rahmen des Doppeljubiläums des 50jährigen Bestehens des Württ. Bäckerinnungsverbandes und der Heilbronner Bäckerinnung fand in Heilbronn die Hauptversammlung des 18. Verbandstags des Württ. Bäckerinnungsverbandes statt. Im Mittelpunkt der Hauptversammlung stand ein Vortrag des Wirtschaftsministers Dr. Maier über die Agrarmaßnahmen der Reichsregierung und ihre Auswirkung auf das Bäckergewerbe. In eingehenden Ausführungen und zum Teil an Hand statistischen Materials sprach der Wirtschaftsminister über die Verflochtenheit der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaftskrise, über die Ursachen der Unterschiedlichkeiten der Weltmarkts- und Binnenmarktspreise, besonders hinsichtlich Weizen und Roggen, über die Wirkung der Kartell- und Monopolbildung einerseits, der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens andererseits und über die Notwendigkeit der Einfuhrbeschränkung lebenswichtiger Nahrungsmittel aus dem Ausland und der Stützungsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft im Osten aus volkswirtschaftlichen und nationalen Gründen. Diese letztere Politik sei aber notwendig, weil der Ruin der Landwirtschaft bei einer Weltung der Weltmarktpreise für Getreide in Deutschland eine so starke Erschütterung des Binnenmarktes herbeiführen würde, daß unsere heutige Wirtschaftslage noch schwieriger würde. Die Landwirtschaft müßte aber dieses Opfer der Stadtbevölkerung anerkennen. Es sei aber zu warnen vor weiteren Gesetzgebungsvorschlägen, die sich von einer Zwangswirtschaft kaum mehr viel unterscheiden. Bei dem Versuch, die Roggenpreise hochzubringen, sei mancher Fehler gemacht worden. Man müsse erkennen, daß die Machtmittel des Staates rein wirtschaftlichen Grundgesetzen gegenüber sehr begrenzt seien. Man hätte mit viel größerem Nachdruck den Brotpreis erhöhungen, die Anfang April d. J. in Berlin eintraten und die dann auch in Württemberg durchgeführt worden sind, entgegenwirken müssen, denn durch diese Brotpreishöhung hat die Preisentwertung der Reichsregierung, die an und für sich richtig war, eine schwere moralische Schlappe erlitten. Es sei zu begrüßen, daß die Brotpreishöhung wieder rückgängig gemacht werden konnte. Die Reichsregierung müsse fernerhin ihr Augenmerk darauf richten, daß die Mehlpreise konstant bleiben, damit eine ruhige Kalkulation der Brotpreise wieder gesichert ist. Allgemein sei noch zu sagen, daß durch die innerpolitische Zersplitterung wir daran seien, den Rest unserer Wirtschaft, der uns nach Krieg, Inflation und Reparationen geblieben sei, noch vollends zu zerstückeln. Nicht von Leidenschaft, sondern von Ruhe und Besonnenheit müsse gerade in Notzeiten auch die Innenpolitik getragen sein.

In vier Entschlüssen wurde als Ergebnis der Verbandstagung niedergelegt: Der Verband begrüßt die Gründung des Landesverbandes des württ.-hohenzoll. Handwerks als Spitzenorganisation und bittet die vier württ. Handwerkskammern, sich nicht außerhalb dieser Organisation zu stellen; er fordert das Verbot des Hausierhandels mit Brot und Backwaren; er verwahrt sich dagegen, die Brotpreishöhung auf das Schuldbüro des Widerhandwerks abzuschreiben und hält an seiner Forderung fest, daß das neue Arbeitszeitgesetz die Möglichkeit des 4 Uhr-Arbeitsbeginns enthalten muß und fordert die weitere Aufrechterhaltung des Nachtarbeitsverbots auch für die 3-Schichten-Betriebe.

Baumeistertag und Baumeisterverordnung

Bei der kürzlichen Tagung des Württembergischen Baumeisterverbandes in Stuttgart wurde vor allem zur Baumeisterverordnung des Reichs vom 1. April Stellung genommen und folgende Entschlüsse gefaßt: Der Baumeistertag nimmt von der Entschliebung der Protokollversammlung vom 8. Mai 1931 Kenntnis und beschließt, daß der mit dieser Entschliebung angenommene Antrag einer Uebergangszeit von zehn Jahren wegfällt. Er fordert dagegen: 1. Daß als Ergänzung der Baumeisterverordnung vom 1. April 1931, sei es durch Genehmigung einer von der württembergischen Landesbehörde zu erlassenden Ausführungsbestimmung, der nachstehende Zusatz eingefügt wird: „Als Baumeisterprüfung im Sinn des Paragraphen 1 Ziffer 1 der Baumeisterverordnung gilt ferner die als Staatsprüfung eingeführte württembergische Baumeisterprüfung, der sich die Absolventen der württembergischen Höheren Bauhülle auf Grund der Prüfungsverordnung des württembergischen Staatsministeriums vom 7. September unterziehen.“ 2. Daß künftig das Bestehen der württembergischen Baumeisterprüfung zur Führung der Bezeichnung „Württembergischer Baumeister“ berechtigt. 3. Daß das Lehrziel der württembergischen Höheren Bauhülle weder in diesem noch in anderem Zusammenhang unter keinen Umständen beschränkt oder herabgemindert werden darf. 4. Daß die württembergische Höhere Bauhülle auch künftig dem Kultministerium unterstellt bleibt. Im Fall der Ablehnung unserer Forderungen verzichten wir künftig auf die Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister“.

Aus Stadt und Land

Calw, den 18. Juni 1931.

Dienstag

Oberlehrer Walter in Oßelsheim tritt kraft Gesetzes mit Ablauf des Monats August in den Ruhestand.

Die 2. Volksschuldienstsprüfung

haben die Lehrer Gottfried Barth von Hirsau, Friedrich Essig von Gedingen und Gottlieb Pfeiffer von Holzbronn mit Erfolg abgelegt; sie sind hiemit zur ständigen Anstellung an ev. Volksschulen für befähigt erklärt worden.

Schwere Gewitter

zogen vergangene Nacht wieder über unsere Stadt hinweg. Unter heftigen elektrischen Entladungen gingen starke, wolkenbruchartige Regengüsse nieder; oft erhellten die Blitze sekundenlang in ununterbrochener Folge die Nacht. Gegen zwei Uhr hatten sich die Wetter ausgetobt, während ein erquickender Regen bis in die Morgenstunden anhielt. Schaden scheinen die schweren Gewitter, die auch über einen Teil des Bezirks niedergingen, nicht verursacht zu haben.

Vom Roten-Kreuz-Tag

Ueber den diesjährigen Roten-Kreuz-Tag im Oberamt Calw sei mitgeteilt, daß sich die Befürchtungen, der Sammelertrag werde weit hinter dem des Vorjahres (1930) zurückbleiben, erfreulicher Weise nicht erfüllt haben. Trotz schlechtester wirtschaftlicher Lage im Oberamt, gelang es den fleißigen Sammlerinnen mit Unterstützung der Mitglieder der Freiw. Sanitätskolonne Calw noch über 60 M mehr zusammen zu bringen, als 1930. Ein schönes Zeichen der Begeisterung der gesamten Bezirksbevölkerung. Durch freundliches Entgegenkommen war es möglich, mittels fünf Privatautos die meisten Bezirksorte aufsuchen zu können, wo auch das Sammelergebnis ein gutes war. Besser hätte es in der Stadt Calw und der näheren Umgebung sein können. Hier fehlte es aber leider am Vormittag an Sammlerinnen. So ist es auch zu erklären, daß in verschiedenen Stadtteilen gar nicht oder nur wenig gesammelt wurde. Vielleicht genügt dieser Hinweis, daß sich bei der nächsten Roten-Kreuz-Sammlung mehr Sammlerinnen zur Verfügung stellen, ist doch der Sammelertrag für wohltätige Zwecke bestimmt. Gestern abend wurden den Sammlerinnen ihre Beträge bekanntgegeben. Kolonnenführer Kirchherr sprach ihnen im Auftrage des Bezirksvertreters vom Roten Kreuz, Landrat Rippmann, den herzlichsten Dank und die hohe Anerkennung für das erfreuliche Gesamtergebnis aus, mit der Bitte, sich nächstes Jahr wieder zur Verfügung zu stellen und weitere Sammlerinnen mitzubringen. Am Schluß konnte jedem Fräulein (insolge Stiftung) ein kleines Geschenk überreicht werden.

Fremdenverkehrsfragen

In letzter Woche tagte der Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern in Maulbronn. Die Tagung erhielt dadurch ein besonderes Interesse, daß Wirtschaftsminister Dr. Maier bei der Versammlung anwesend war und in einer bedeutsamen Rede die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs hervorhob, wobei er besonders auf die veränderte Wirtschaftslage und vor allem auf die veränderte Einkommenslage aller Schichten hinwies. Eine große Anzahl von Rednern beschäftigte sich mit den jetzigen Verhältnissen des Fremdenverkehrs. Die Ausführungen gingen dahin, daß es gegenwärtig sehr schwer sei, den Fremdenverkehr zu pflegen. Um diesen wichtigen Zweig der Wirtschaft zu fördern, seien in der heutigen Zeit große Anstrengungen nötig. In eingehender Weise äußerte sich Verbandsdirektor Höllwarth über Anforderungen und Förderungen des Fremdenverkehrs. Im großen ganzen könne man mit dem letztjährigen Fremdenverkehr zufrieden sein. Das Reisetouristikum sei aber ein anderes geworden als früher. Überall sei Sparsamkeit zu bemerken, sogar die Ausländer zeigen in ihren Anfragen das Bestreben nach Sparsamkeit. Gefordert werden Licht-, Luft- und Wasserbäder. Es sei sehr zu bezweifeln, ob in diesem Jahr die Zahlen des vorigen Fremdenverkehrs sich halten werden. Wirtschaftsminister Dr. Maier führte aus, daß im Fremdenverkehr ein Gebiet vorliege, auf dem noch etwas zu machen sei. Es müsse auf die Stätten der Naturschönheiten und auf sehenswürdige Denkmäler immer und immer wieder aufmerksam gemacht werden. Durch diese Hinweise sei der Verkehr noch lohnend zu gestalten. Der Fremdenverkehr habe aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn allen Möglichkeiten Rechnung getragen werde. Sicheer gehöre auch eine Preisentwertung, von der man sprechen müsse, wenn sie auch nicht gern gehört werde. Es müsse aber eine rasche Umstellung kommen, denn es werde sehr viel einfacher gereist und Naturreisen werden immer weiter aufkommen. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß die Inländer im eigenen Lande ihre Sommerreisen machen und die Schönheit der Heimat aufsuchen sollen. Früher sei der Mittelstand der Träger der Reisen gewesen, das sei jetzt anders geworden. Gefordert müssen werden billige Preise und entsprechende Gegenleistungen. Die meisten Fremdgäste verlangen billige Preise zu 4 M und 4,50 M. Preise von 6 M seien für den Familienwörter mit Kindern zu hoch. Es sei anerkanntswert, daß der Hotelverein bereits eine Ermäßigung von 10 bis 15 Proz. haben eintreten lassen. Jetzt soll das Geld im Inland verbraucht werden, der Deutsche soll dem Deutschen helfen, das deutsche Vaterland soll dem Deutschen näher gebracht werden. Von selbst werde nun bei den Deutschen ein naturhaftes und billigeres Reisen eintreten.

Auf Reisen u. Wanderungen wirke es unschön, wenn schon eine Viertelstunde vor dem Ort aufdringliche Reklametafeln sich breit machen. Die Natur werde durch diese Plakattafeln fürchtbar verunstaltet. Diese Art der Reklame sei weit übertrieben und nicht mehr notwendig. Die Fremden- und Kurorte sollten energisch gegen diese Reklametafeln vorgehen und für Beseitigung der Mißstände besorgt sein. Das Landesamt für Denkmalspflege sollte hier vorgehen und allgemeine Regeln aufstellen.

Für den Schlipport sollten im Winter die Straßen freigehalten werden. Dies sei zwar eine schwierige Sache, aber bei gutem Willen könne viel erreicht werden. Zufahrts- und Abfahrtswege seien womöglich auseinanderzuhalten. Tausende von Schiläufern könnten im geeigneten Gelände herangezogen werden. Die Höhenwanderungen seien abwechslungsreicher zu gestalten und den Sportlern bessere Wege zu geben. Die Wandervereine sollten wieder neu entstehen und durch geeignete Reklame angepörrt werden. Auf Flüssen seien Paddelfahrten zu veranstalten. Diese Fahrten werden neuerdings wieder sehr beliebt.

Auf dem Gebiet des Fahrplanwesens sei noch viel zu erreichen. Durch emsige Werbetätigkeit und Aufklärung könnten die Kur- und Bäderorte sich auf der Höhe halten. Es gelte



auch, bei ungünstiger Zeit sich nicht unterliegen zu lassen. Durch Fremde werde ein reger Verkehr entwickelt.

Das Nagold- und Enzjal war vertreten durch die Fremden- und Kurvereine von Nagold, Calw, Hirsau, Liebenzell, Wildbad, Neuenbürg und Forzheim.

Wetter für Freitag und Samstag

Unter dem Einfluß eines Hochdrucks im Osten ist für Freitag und Samstag vielfach heiteres, aber zeitweiliges gewitteriges Wetter zu erwarten.

*

Neuenbürg, 17. Juni. Während gestern nachmittag Kontrollinspektor F 5 H 1 aus Nagold von der Landesversicherungsanstalt beruflich auf der Allgemeinen Ortskrankenkasse hier beschäftigt war, wurde er von einem plötzlichen Unwohlsein befallen. In die Wohnung von Verwaltungsdirektor Dobernel verbracht, erlag er kurze Zeit darauf einem Herzschlag. Herr F 5 H 1, der 45 Jahre alt ist, hinterläßt eine Witwe mit einem 13 Jahre alten Sohn.

Calw, 17. Juni. Auf der König-Karl-Brücke verunglückte ein etwa 27 Jahre alter Radfahrer, der sich an einen Lastwagen angehängt hatte, tödlich. Der Radfahrer ist unter das hintere Rad eines in entgegengesetzter Richtung kommenden Lastwagens geraten und wurde von ihm überfahren. Er war sofort tot. Die Polizei hat sofort den Tatbestand aufgenommen.

Calw, 17. Juni. In der Silvesternacht kam es in der Sophienstraße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einem Zusammenstoß, bei dem der Nationalsozialist Weinstein infolge eines Messerstoßes ins Herz sein Leben lassen mußte. Der Täter ist noch nicht gefaßt. Ein gewisser Fischer, der dafür gilt, wird immer noch stechbriestlich verfolgt, aber andere Leute, die sich bei der Schlägerei des Landfriedensbruchs schuldig gemacht hatten, wurden ermittelt und stehen zur Zeit vor dem erweiterten Schöffengericht. Der Hauptangeklagte ist der 26 Jahre alte Monteur Julius Raupp von Stuttgart. Insgesamt sind es 16 Angeklagte, darunter 2 Nationalsozialisten. Die von Staatsanwalt Süskind vertretene Anklage geht von einem geplanten Ueberfall der Kommunisten auf die Nationalsozialisten aus, die sich zu einer Silvesterfeier vereinigt hatten. Bei der Schlägerei gab es 11 Verletzte. Es sind 34 Zeugen geladen.

Calw, 17. Juni. Ueber den gestrigen schweren Straßenbahnzusammenstoß wird amtlich mitgeteilt, daß acht Fahrgäste verletzt wurden. Ein Fahrgast erlitt einen Arm- und Beinbruch, die übrigen trugen Quetschungen und Schürfungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt, doch steht jetzt schon fest, daß die Handbremse des Motorwagens der Linie 7 vollständig in Ordnung war.

Calw, 17. Juni. Der vierfache Mörder Eugen Beyle von Engelsbrand ist am Dienstag zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Klinik für Gemüts- und Nerven-

krankheiten der Universität Tübingen — psychiatrische Männerabteilung — überwiesen worden. Es ist dies eine Maßnahme, die bei allen Mördern, die ein Geständnis widerrufen, angewendet wird. Beyle hält daran fest, daß er den Mord nicht begangen habe und daß sein früheres Geständnis unwahr sei.

Calw, 17. Juni. Wildwest im Gemeindefeld beim Bläßberg und in dem Bengert beim „Waldbörnle“ haben laut „Tübinger Chronik“ acht junge arbeitslose Burtschen in der Zeit vom letzten Herbst bis Anfangs Juni getrieben. Das Schicksal machte in den ersten Junitagen ihrem nicht ungefährlichen Treiben ein Ende. So viel bis jetzt ermittelt werden konnte, haben fünf von ihnen in dem Bengert einen regelrechten Unterstand mit zwei Stockwerken gebaut, jeder Stock war heizbar, die nötigen Defen haben sie gestohlen, ebenso einen kleinen Sparherd, auf dem allerlei Delikatessen, u. a. auch ein Hase, der offenbar gewildert wurde, gekocht wurden. Die Möbel, Tisch und Stühle, wurden im „Waldbörnle“ gestohlen und regelrecht eingebaut. Was sie in der Umgebung an Lebensmitteln und Obst und Gemüse zusammenhefen konnten, wurde geholt. Bei Nacht wurde gekocht und flott gelebt.

Calw, 17. Juni. Am Montagfrüh verunglückte bei der Einfahrt des ersten Zuges der Gönninger Bahn auf dem Neutlinger Hauptbahnhof der 18jährige Ludwig Treß aus Ohmenhausen dadurch, daß er vor Halt des Zuges absprang und zu Fall kam, wodurch ihm die rechte Hand abgefahren wurde. Dieser tragische Fall ist wieder eine dringende Mahnung, nicht vorzeitig abzuspringen.

Calw, 17. Juni. In scharfem Tempo fuhr ein Radfahrer aus Schramberg die Hauptstraße herunter. Auf der Straßenecke am Friedrichsplatz gelang es ihm nicht, die Kurve richtig zu nehmen und er fuhr direkt gegen den Marktbrunnen. Er wurde vom Rade geschleudert und slog in das Bassin des Brunnen, in dem er vollständig untertauchte, ohne irgendwie verletzt zu werden. Das Fahrrad wurde beschädigt.

Turnen und Sport

Fußball-Länderspiel Schweden—Deutschland 0:0

Das gestern Abend im Stockholmer Stadion ausgetragene Länderspiel endete nach ausgeglichenerm Spiel unentschieden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Calw, 17. Juni. Die Börse zeigte heute mehr Zuversicht und es gab teilweise ansehnliche Kursaufbesserungen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Calw, 17. Juni

Weizen märk. 272—274; Roggen märk. 208—209; Futtergerste 192—208; Hafer märk. 178—180; Weizenmehl 32,50 bis 37,50; Roggenmehl 27—29; Weizenkleie 13,90—14,20; Roggenkleie 12,75—13; Viktoriaerbsen 26—31; Futtererbsen 19—21; Peluschken 26—30; Ackerbohnen 19—21; Wicken 24—26; Lupinen, blaue 16—17,50; dto. gelbe 22—27; Kapsfuchen 9,50—10; Leinfuchen 13,20—13,50; Trockenschmelz 7,70—7,80; Sojafschrot 12—13. Allgemeine Tendenz: matt.

Solzerkäufe

Bei den Nadelstammholzerkäufen aus den württembergischen Staatswäldern wurden in der ersten Hälfte des Monats Juni folgende Erlöse erzielt: Schwarzwald: Fichten und Tannen 52—57, Forchen und Lärchen 55; Unterland: Fichten und Tannen 56—61, Forchen und Lärchen 59—78; Nordostland: Fichten und Tannen 52—58, Forchen und Lärchen 53; Schwäbische Alb: Fichten und Tannen 52—56, Forchen und Lärchen 52; Oberschwaben: Fichten und Tannen 48 bis 52, Forchen und Lärchen 56 Prozent der Landesgrundpreise.

Schweinepreise

Bernloch: Jungvieh 150—350, Kühe und Kalbinnen 250 bis 450 RM. — Ellwangen: 1 Paar Ochsen 1150—1500, 1 Paar Stiere 1065, Kalbeln 410—442, Kühe 200—460, Jungvieh 120 bis 250 RM.

Schweinepreise

Bernloch: Milchschweine 14—16 RM. — Buchau a. F.: Milchschweine 12—16 RM. — Göttingen a. D.: Ferkel 9—17, Mutterfische 100—130 RM. — Waldbsee: Milchschweine 10 bis 15 RM. — Ellwangen: Milchschweine 11—17, Läufer 22 bis 30 RM. — Niederstetten: Milchschweine 13—19 RM. — Oberjochheim: Milchschweine 10—15 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Berichtigungen in Betracht kommen. Die Schlußk.

Anhaltende Dürre in Amerika. — Die Weizenernte gefährdet

Durch die anhaltende Dürre wird im Weizengebiet der amerikanischen Nord-Weststaaten anscheinend eine bedrohliche Lage geschaffen. Vielfach wird befürchtet, daß sich die Katastrophe des Vorjahres in größerem Umfang wiederholt. Auch im mittleren Westen und in Westkanada ist die Weizenernte durch zu geringe Regenfälle gefährdet.

Statt Karten
Calw—Stammheim

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. Juni stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum Röhle in Stammheim freundlichst einzuladen.

Karl Stofberger
Luise Binder

Kirchliche Trauung um 1 Uhr in Calw

Hühneraugen

Hornhaut, verdickte Hornschwiele an Händen und Füßen, überhaupt alle harten Hautwucherungen werden gründlich auf sanftere und bequemste Art beseitigt durch „Acolin“, Pflaster für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben auf Lager:

Weizen	Weizennachmehl
Hafer	Reisfuttermehl
Malz	Roggenmehl
Roggen	Fischmehl
Leinmehl	Tiermehl
Erbsenfuttermehl	Futterkalk
Ackerbohnenfuchrot	Kochsalz
Sojafuchrot	

ferner:

Kalksalpeter	Superphosphat
Kalkammonsalpeter	Thomasmehl
Nitrophoska	

Ausgabe in Calw: Mittwoch u. Samstag in Abhängigkeit jeden Dienstag Die Geschäftsstelle.

...und ich glaube, es ist tatsächlich das Beste für die Wäsche:

Dr. Thompson's
Seifenpulver

Marke Schwan

Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seife Patent 15 Pfg.

Die Wanderarbeitsstätte
liefert auf die Bühne

schön gespalt., trockenes Brennholz
zu 2.00 Mk. für 1 Zentner
und Anzündholz in Bündeln
zu 25 Pfg. für 1 Bund

Bestellungen nimmt entgegen **Oberamtspflege** Fernsprecher 160

Georgenäum Calw

Das Lesezimmer der Bücherei ist geöffnet im Sommer von 8—12 Uhr und von 2—8 Uhr, im Winter von 9—12 Uhr und von 2—9 Uhr, (Sonntags von 2—7 Uhr, an den Festtagen geschlossen). Die Bücherei umfaßt belehrende und unterhaltende Schriften; auch einige Zeitschriften liegen auf. Die Bücherei ist jedermann unentgeltlich zugänglich; ganz besonders wird die reisere Jugend zum Besuch eingeladen. Ein Verzeichnis der Neuanschaffungen der letzten Jahre ist im Lesezimmer angeschlagen.

Der Georgenäumstrat.

Wildbader-
Anlagen-Stühle,
Tische und Bänke
in großer Auswahl
Gartenschirme
bei
Reichert
an der Brück

Täglich
Gefrorenes
Wild. Sachs
Konditorei
Fernsprecher 208

Vermögenssteuer-
erklärungen 1931
fertigt
Schaltheiss a. D.
Meyle, Calw
Telefon 291

Sterbekleider
für Männer und Frauen
Sterbekissen
Decken
Luise Schaufelberger
Marktstraße 7.

Briefumschläge
Besuchskarten
liefert rasch
und billig die
Tagblatt-Druckerei

Das Geheimnis!

des Erfolges liegt grösstenteils in der Art der Werbung. Die Reklameart, die die grösste Werbekraft ausübt, ist die Anzeigenreklame in der Tageszeitung.